



STELLUNGNAHME

Frauen für den Klimaschutz

Der Klimawandel stellt gegenwärtig die wohl umfassendste Gefährdung der Lebensgrundlagen der heutigen und kommenden Generationen dar. Immer deutlicher wird erkennbar, wie der Mensch mit globalen Auswirkungen in das Klimasystem eingreift und wie dies auf die ökologischen, sozialen und räumlichen Existenzgrundlagen zurückwirkt.

Eine neue Klima- und Energiepolitik duldet keinen weiteren Aufschub. Als große Industrienation gehört Deutschland mit zu den Hauptverursachern des Klimawandels. Beim Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen liegt Deutschland um das 2,5fache über dem weltweiten Durchschnitt. Deutschland muss diesen Ausstoß bis 2020 drastisch reduzieren. Um dieses Reduktionsziel zu erreichen, braucht die Wirtschaft klare, langfristige und verbindliche politische Rahmenbedingungen.

Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, das folgende zentrale Punkte enthält:

- Änderung der Förderpolitik, so dass keine fehlgesteuerten Anreize geschaffen werden, die Klimaschädigungen verstärken
- deutliche Verstärkung der Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienteren Energienutzung
- Stärkere Fokussierung der Forschung auf dem Gebiet neuer Energietechniken
- zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien
- Festhalten am beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergienutzung
- Gewinnung und Einsatz von Biomasse unter nachhaltigen Kriterien. Dies gilt nicht nur beim Import, sondern auch bei der heimischen Produktion
- Sicherstellung einer extern überprüften Labelzertifizierung
- Einführung eines generellen Tempolimits „130“ auf Autobahnen

Darüber hinaus muss sich Deutschland weiter in der EU für einen konsequenten Klimaschutz einsetzen.

Wir nehmen unsere Verantwortung ernst und verpflichten uns als Frauenbund zum aktiven Klimaschutz. Wir rufen unsere Verbandsmitglieder auf:

- in der öffentlichen Klimadebatte ihre Position energisch zu vertreten
- Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienten Energienutzung zu ergreifen
- Bewusstseinsbildung in energiepolitischen Fragen zu forcieren und zu konkreten Handlungsstrategien zu motivieren

Beschluss des Bundesausschusses, 05.04.2008